

2014-03-26

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am  
26.02.2014

**Sitzungsbeginn:** 15:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsort:** Orangerie des Georgengartens, Heinz-Röttger-Str. 18,  
06846 Dessau-Roßlau

### Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Schönemann, Ralf

**Fraktion der CDU**  
Trocha, Harald  
Gebhardt, Roland

anwesend bis TOP 7.1 (17:55 Uhr)

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Krüger, Otto-Harald

**Fraktion der SPD**  
Dreibrodt, Hans-Peter

Vertretung für Herrn Laue

**Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN**  
Busch, Thomas

**Fraktion Pro Dessau-Roßlau**  
Otto, Hans-Georg

**Fraktion der FDP**  
Neubert, Jürgen Dr.

nicht anwesend

**Fraktion NEUES FORUM**  
Hofmeister, Dirk

anwesend bis TOP 8 (18:25 Uhr)

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie – mit aktuell 8 stimmberechtigten Stadträten – die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

### **3. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, der **Antrag** gestellt, den Tagesordnungspunkt 6.7 „Maßnahmebeschluss für den Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Walter-Gropius-Gymnasium“ (BV/308/2013/CDU) von der Tagesordnung zu nehmen und zu vertagen. Entsprechende Unterlagen werden von dem begleitenden Architekten für die 10. Kalenderwoche 2014 aufbereitet. Erst im Anschluss könne dann die Behandlung der Beschlussvorlage erfolgen. Einwände wurden seitens des Gremiums nicht geäußert. Der Antrag wurde ohne Gegenstimme bestätigt.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bat um die Einbringung der Vorlage über die zuständigen Fachbereiche und deren dortige Vorprüfung.

Auf die Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, bezüglich der Anfrage aus der letzten Sitzung zur Gartenverpachtung im Bereich der künftigen Trasse der Ostrandstraße verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf die Behandlung der Thematik unter dem Tagesordnungspunkt 7.1.

Weitere Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden nicht vorgebracht, so dass die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt wurde.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Die Tagesordnung wurde geändert einstimmig bestätigt.

### **4. Genehmigung der Niederschriften**

#### **4.1. Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2014**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 14.01.2014 wurden keine Anmerkungen vorgebracht, so dass es durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**6 : 0 : 2**

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

#### 4.2. Genehmigung der Niederschrift vom 03.12.2013

Zum Protokoll der Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt gemeinsam mit dem Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport vom 03.12.2013 wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, angemerkt, dass auf der Seite 3 oben Herr Dr. Raschpichler nicht vollständig wiedergegeben wurde. **Herrn Otto** sei es wichtig, dass die Äußerung von Herrn Dr. Raschpichler, dass er – egal was beschlossen werde – bei 5 Schwimmbahnen bleibe, im Protokoll niedergeschrieben ist.

Weiter führte **Herr Otto** aus, dass Herr Dr. Raschpichler die Vereine nicht eingeladen habe, obwohl der Ausschuss hierzu einen Beschluss gefasst habe. Es müsse doch möglich sein, dass die Stadträte mit den Vereinen sprechen und sich austauschen können.

Der geäußerten Kritik von Herrn Otto zustimmend, verwies **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, auf die im Vorfeld notwendige Abstimmung der Verwaltung mit den Vereinen.

Bezüglich des Verweises von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, auf den gefassten Beschluss im Ausschuss, dass die Vereine zur Sondersitzung, die am 03.12.2013 stattfand, eingeladen werden sollten, entgegnete **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass man die Sitzung auch hätte abbrechen können, aber dies nicht zielführend war. Seinen Unmut gegen diese kontraproduktive Diskussion äußernd erklärte er, dass man jetzt mit diesem Verhalten nichts bewege sondern eher aufhalte. Dieses Vorgehen halte er für nachteilig. Jeder könne sich mit jedem entsprechend im Vorfeld beraten und seine Entscheidung im Ausschuss kundtun.

Weitere Anmerkungen wurden nicht vorgebracht, so dass das Protokoll mit den Änderungswünschen von Herrn Otto durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

#### Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 2

Das Protokoll wurde geändert bestätigt.

#### 5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 14.01.2014 ausgereichten Informationen:

*Vergabe von Bauleistungen*

*UNESCO-Welterbestätte Gartenreich Dessau-Wörlitz*

*Schloß und Park Georgium, Puschkinallee 100, 06846 Dessau-Roßlau, 1. BA*

Los 14 - Zimmer-, Mauer- und Putzarbeiten  
Vorlage: BV/352/2013/VI-65  
Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Vergabe von Bauleistungen  
UNESCO-Welterbestätte Gartenreich Dessau-Wörlitz  
Schloß und Park Georgium, Puschkinallee 100, 06846 Dessau-Roßlau, 1. + 2. BA  
Los 7 - Heizungs- und Klimaanlage  
Vorlage: BV/372/2013/VI-65  
Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Vergabe von Bauleistungen  
UNESCO-Welterbestätte Gartenreich Dessau-Wörlitz  
Schloß und Park Georgium, Puschkinallee 100 Dessau-Roßlau, 1. + 2. BA  
Los 11 - Starkstromtechnik  
Vorlage: BV/395/2013/VI-65  
Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Vergabe von Bauleistungen - STARK III  
Sekundarschule "An der Biethe", Goethestr. 5 in 06862 Dessau-Roßlau  
Los 01 - Rohbau  
Vorlage: BV/394/2013/VI-65  
Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Vergabe von Bauleistungen  
Teilöffnung der Verrohrung oberhalb des Lorkteiches (DE-RO 7 + 8)  
Vorlage: BV/396/2013/VI-66  
Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## 6. Öffentliche Beschlussfassungen

### 6.1. Umfang der Sanierungsmaßnahme Schloss Georgium Vorlage: BV/032/2014/I-41

Einführend verwies **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, auf den bereits erfolgten Tagesordnungspunkt 1.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, habe bereits im Kulturausschuss angefragt, wann bzw. ob überhaupt neue UNESCO-Mittel von der neuen Bundesregierung bereitgestellt werden. Sobald diese Mittel zur Verfügung stehen, fordere er einen Zeitablauf zur Umsetzung der Baumaßnahme. Weiterhin hinterfragte er, ob die genannten 700.000 € bereits vorhanden sind oder ob diese zusätzlich aufzubringen seien. Er verwies auf die Notwendigkeit einer realistischen Kostenschätzung, Unvorhersehbares müsse mit eingeplant werden. Ferner bekundete **Herr Otto** sein Unverständnis darüber, warum nicht erst ein Flügel nutzungsfähig hergestellt wurde und dann in Abhängigkeit der Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln der nächste Teil. Als

Stadt würde er nicht warten, bis die Bundesregierung das Programm wieder auflege, sondern die Stadt sollte bereits jetzt einen Fördermittelantrag stellen, unter Umständen sogar mit einem vorzeitigen Maßnahmebeginn.

**Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, korrespondierte, dass ein Förderantrag ohne ein vorhandenes Programm nicht gestellt werden könne. Intensive Gespräche haben bereits mit dem Fördermittelgeber, dem BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung), stattgefunden. Das bisher Erfolgte habe große Zustimmung gefunden. Ein großes Interesse an der Weiterführung wurde signalisiert. Sollte das Programm fortgeschrieben werden, werde die Stadt Dessau-Roßlau mit berücksichtigt. Hierzu seien klare Aussagen vorhanden.

Fortführende erläuterte **Herr Bekierz**, dass Schäden beseitigt werden mussten, die nicht geplant waren. Daraus resultieren Mehrkosten in Höhe von etwa 20 % der angedachten Bausumme. D. h. ca. 500.000 – 700.000 € werden benötigt, um das Gebäude wieder in einen nutzungsfähigen Zustand zu versetzen. Sollte das Programm fortgeschrieben werden, sei das Herstellen der Oberflächen zur Nutzung verlorener Aufwand in Höhe von 700.000 €.

Die Sanierungsarbeiten am Schloss Georgium werden nach vollständigem Verbrauch der Restmittel Ende 2014 unterbrochen. Somit werden keine temporären Oberflächen hergestellt. Mit der zu erwartenden Fortschreibung des Bundesprogramms könne das Ziel der Teilsanierung, d. h. einen Zustand zu erreichen, der insgesamt einer Generalssanierung nahe komme, erreicht werden. Sollte es keine Fortsetzung des Programms geben, so sind die 700.000 € Eigenmittel aufzubringen, um die Nutzungsfähigkeit herzustellen. Die Fördervariante werde eindeutig favorisiert, um eine vollständige Sanierung zu erreichen.

Die Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob in den 4,2 Mio. € die 700.000 € enthalten sind, wurde von **Herrn Bekierz** verneint. Die 700.000 € stellen ein Defizit durch die zu beseitigenden Schäden dar. D. h. diese sind zusätzlich als Eigenmittel aufzubringen.

Die Verwaltungsspitze trage den Vorschlag mit, diese Summe als Gegenfinanzierung der Förderung einzusetzen. 1-2 Jahre könne es dauern, bis Fördermittelbescheide ausgereicht werden. Es sei optimistisch, wenn das Programm noch in diesem Jahr fortgeschrieben werde. Solange bleibe das Gebäude nicht nutzungsfähig.

Mit den 700.000 € solle eine Teilnutzungsfähigkeit erreicht werden, so **Herr Otto** weiter und hinterfragte, ob dann bereits alle Fenster ausgetauscht seien.

Diese Frage beantwortete **Herr Bekierz** dahingehend, dass die Fenster nur teilweise ausgetauscht werden.

Auf die Gefahr hin, dass das Programm nicht umgesetzt werde oder man nur die Hälfte der Mittel erhalte und somit das Gebäude auf Ewigkeit nutzungsunfähig bleibe, war es sein Ansatz, so **Herr Otto** weiter, dass man mit dem Fördermittelgeber rede und bereits jetzt einen Fördermittelantrag stelle. Wenn der BBSR das Projekt so wohlwollend begleite, könne dieser doch die Maßnahmen und die eingesetzten fi-

nanziellen Mittel der Stadt als vorzeitigen Maßnahmebeginn anerkennen und die Mittel hinterher anrechnen.

**Herr Kuras, Leiter des Kulturamtes**, verwies auf ein geplantes Gespräch am 29.04.2014 mit dem Fördermittelgeber vor Ort.

**Herr Bekierz** bezog sich auf die entstandenen hohen Kosten der Auslagerung der Bilder. Um wieder in Nutzung zu gehen, müssten ca. 400.000 € aufgebracht werden, um die Bilder ein- und auszulagern. Die Fortführung der Baumaßnahme, obwohl die Bilder im Gebäude hängen, könne nicht der richtige Weg sein.

Zusammenfassend reflektierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass vom Fachamt vorgeschlagen werde, ein Zeitfenster von 1 Jahr zu akzeptieren, um Klarheit zu bekommen, welches die nächsten Arbeitsschritte seien.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, hinterfragte bezüglich der 700.000 €, ob diese Mittel mit in den Haushalt 2015 übernommen werden können. Hierzu erklärte **Herr Bekierz**, dass diese noch nicht im Haushalt festgeschrieben seien.

Die jetzigen Hochrechnungen zeigen, dass die Mittel nicht reichen werden. Dies war im Vorfeld nicht bekannt, so **Herr Bekierz** weiter. Es bestanden klare Vorgaben in Bezug auf die Termine. Da 2014 das Förderprogramm ende, müsse man auch mit der Baumaßnahme fertig sein. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen wurden die Bauabschnitte zusammengefasst. Abschließend deutete **Herr Bekierz** nochmals auf die Chance, die Generalsanierung mit dem gleichen Eigenmittelanteil umzusetzen.

**Herr Otto** äußerte sich negativ gegenüber Herrn Bekierz, dass er in die Geschichte der Stadt als eine Person, die alle Baukosten ins Unermessliche überziehe, eingehe.

Diese Beleidigung wies **Herr Bekierz** von sich. Bevor er dieses Amt übernommen habe, wurde gebaut bis die finanziellen Mittel verbraucht waren. Erst dann habe man festgestellt, dass diese Mittel nicht ausreichend seien. Seit er das Amt übernommen habe, wisse man spätestens in der Mitte der Bauzeit, wie der entsprechend Stand sei. Eine Entscheidung zum Fortgang könne getroffen werden. Dass bei einer Sanierung unvorhergesehen Schäden auftreten, sei die eine Seite. Diese Schäden frühzeitig zu erkennen eine andere.

**Herr Otto** könne nicht nachvollziehen, dass das gesamte Schloss in einem Rohbauzustand versetzt wurde und die nächsten 3 Jahre keine Möglichkeit der Ausstellung bestehe.

Um die definierte Bauaufgabe, welche im Maßnahmebeschluss enthalten ist, fertig zu stellen benötige man zusätzliche Eigenmittel von etwa 700.000 €, wiederholte **Herr Bekierz**. Mit dem Einsatz der gleichen Eigenmittel erhalte man die Chance, die Generalsanierung des Schlosses durchzuführen. Dies werde empfohlen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, resümierte, dass die eigentliche Belastung der Stadt definiert und begrenzt sei. Es bestehe das Bemühen aus 700.000 € 6 Mio. € zu machen. Dies sei der bes-

sere Weg in Bezug auf den jetzigen Zustand. Er möchte für heute empfehlen, den genannten Vorschlag zu befürworten. Zu diesem Thema sei in einem ½ Jahr erneut zu berichten. Sollten dann maßgebliche Dinge vorliegen, die zur Umkehr oder Änderung veranlassen, könne man über die Fortführung erneut befinden.

Hierzu setzte **Herr Bekierz** die Ausschussmitglieder in Kenntnis, dass dem Ausschuss ein geänderter Maßnahmebeschluss zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Auf die Nachfrage von **Herrn Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, wie hoch die Ausgangssumme war und wie jetzt die Prognose aussehe, unterrichtet **Herr Bekierz** den Ausschuss. Ausgegangen sei man von ca. 12 Mio. € zur Ertüchtigung des Schlosses (vor Maßnahmebeginn). Allerdings gab es eine in Aussicht gestellte UNESCO-Förderung in zwei Abschnitten in Höhe von 4,3 Mio. € mit der Aufgabe, die Ertüchtigung so weit wie möglich mit diesen 4,3 Mio. € umzusetzen. Die Generalsanierung des Schlosses hatte man nicht als Aufgabe, da diese 12 Mio. € koste. Momentan wurden weniger als 400.000 € Eigenmittel verwendet, aber man müsse, wie bereits schon mehrfach mitgeteilt, 700.000 € Eigenmittel noch zusätzlich bereitstellen.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wies auf die Zielstellung hin. Es handelte sich um die bautechnische Sicherung. Das Schadensbild zeigte sich erst im Verlauf. Die Oberbürgermeister-Runde habe sich bereits mit der Thematik intensiv auseinandergesetzt. Es sei nicht gerechtfertigt 700.000 € € auszugeben, für Maßnahmen, die später geändert werden müssen. Ob das Programm fortgeschrieben werde, wisse man nicht. Auf diese Problemlage habe man hingewiesen. Sollte es keine Förderung geben, müsse zum Zeitpunkt x eine Entscheidung zur Fortsetzung getroffen werden.

**Herr Bekierz** stellte noch mal klar heraus, dass die Mehrkosten nicht 6 Mio. € sondern nur 700.000 € betragen.

Sollte die Stadt die finanziellen Mittel erhalten, so sei die angedachte Verfahrensweise sinnvoll, bestätigte **Herr Otto**. Als unverständlich bezeichnete er den unüberschaubaren Zeitraum. Heute möchte er sich hierzu nicht entscheiden, ohne einen klaren Zeitraum zur Fortführung der Maßnahme zu kennen.

An dieser Stelle hob **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, hervor, dass kein Beschluss benötigt werde, um mit der Baumaßnahme aufzuhören. Die Bauarbeiten enden definitiv. Der Ausschuss werde hier nur in Kenntnis gesetzt. Eine halbjährliche Information der Stadträte halte er für legitim.

Die vorliegende Beschlussvorlage stelle eine Arbeitsrichtung dar, so **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**. Man sollte die Möglichkeit, finanzielle Mittel zu akquirieren, nutzen. Er sehe dies als eine gute Chance für die Stadt.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, deutete auf die bevorstehende Thematisierung der Problematik in den Haushaltsberatungen.

Nach dem keine weiteren Wortmeldungen geäußert wurden, stellte **Herr Schöne-  
mann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die  
Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 1**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert mehrheitlich bestätigt.

**6.2. Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplanes Nr. 122 "Dell-  
nauer Acker", dass im Teilgebiet WA 1 die Gebäude nur in Form von  
Doppelhäusern errichtet werden dürfen  
Vorlage: BV/375/2013/VI-61**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur  
Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 1**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig ungeändert bestätigt.

**6.3. Befreiung von Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 121 "Flug-  
platzgelände", Teilgebiet A "Rüsterberge" für ein Vorhaben auf dem  
Grundstück Hünefeldstraße 1  
Vorlage: BV/387/2013/VI-61**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur  
Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig ungeändert bestätigt.

**6.4. Abweichung von der Bindung des 1. BA „Infrastrukturmaßnahmen im  
BioPharmaPark Dessau" an den Bebauungsplan Nr. 168 A "Pharma-  
standort Rodleben-Tornau"  
Vorlage: BV/411/2013/VI-61**

Bezüglich der Regelung zur Wohnbebauung auf der linken Seite der Straße Am Pharmapark  
erkundigte sich **Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**. Hierzu informierte **Herr  
Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, dass dort keiner mehr wohne, alle Garagen  
im letzten Jahr gekündigt wurden und die Gebäude zum Abriss vorbereitet werden.

Nach dem keine weiteren Wortmeldungen geäußert wurden, stellte **Herr Schönemann,  
Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Beschlussvor-  
lage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert mehrheitlich bestätigt.



**6.5. Beschluss über die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 221 „Ersatzneubau Schwimmhalle“ im Parallelverfahren**  
**Vorlage: BV/397/2013/VI-61**

Einführend informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass er eine Handreichung bezüglich der Sitzung des Finanzausschusses vom 19.02.2014 von Frau Nußbeck erhalten habe. Dieses Schreiben beinhalte die Empfehlung des Finanzausschusses, dass die Bauleitplanung der Leistungsphasen I und II, einschließlich der notwendigen Gutachten, nicht an Dritte vergeben werden sollen sondern durch die Verwaltung selbst zu realisieren seien. Dass es in der Verwaltung keine Kapazitäten mehr gebe und man sich nicht selbst begutachten könne, legte **Herr Schönemann** dar. Er bat um die Bewertung der Empfehlung durch das entsprechende Fachamt.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, berichtete, dass er dies bereits thematisiert habe. Die Dezernate haben ein Jahresarbeitsprogramm abzuleisten. Es sei geplant, die Leistungsphasen I und II an ein Planungsbüro zu vergeben. Das Planungsbüro erstelle den Vorentwurf und den Entwurf. Die Thematik falle in zwei Bereiche auseinander. Zum einen der Bebauungsplan an sich und zum anderen die Gutachten. Die Realisierung - ohne Vergabe an Dritte - bedeute einen riesigen Aufwand, der nicht zu bewältigen sei. **Herr Hantusch** verwies auf ein bereits jetzt bestehendes enges Zeitfenster und argumentierte weiter, dass die Fördermittel eingetaktet seien. Parallel laufen nun die Flächennutzungsplanänderung (FNP-Änderung) und die Erarbeitung des Bebauungsplans. Angedacht sei, dass Mitte 2015 ein rechtsfähiger Bebauungsplan vorliege. Die Erstellung von Gutachten könne die Verwaltung nicht leisten, da das notwendige Fachpersonal fehle.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, hinterfragte zur Thematik Geschäftsbesorgungsvertrag den Sachstand. Dieser Vertrag, der die nächsten Schritte fixiere, sollte bis Ende Februar gefertigt sein. Aus der Presse sei aber zu entnehmen gewesen, dass der Finanzausschuss einen anderen Termin festgelegt habe – 19. März 2014. Für die Vorbereitung sei der OB-Bereich in Kooperation mit dem Dezernat II verantwortlich.

Hierzu argumentierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass das Finanzdezernat, explizit das Rechtsamt diesen Vertrag aufsetze und das Dezernat für Wirtschaft und Stadtentwicklung assistiert und unterstützt. Heute sei diesbezüglich ein Abstimmungsgespräch zwischen Dezernat II und VI erfolgt. Gemäß Frau Nußbeck, werde der Geschäftsbesorgungsvertrag voraussichtlich bis Mitte März zur Beschlussfassung vorbereitet.

Hier komme man generell in Zeitnot, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, und hinterfragte die zu erfolgende personelle Untersetzung.

Der Geschäftsbesorgungsvertrag bilde die Grundlage, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, weiter. Die Geschäftsführung der WBD wisse seit Monaten, was auf sie zukomme. Er rate, sich schnellstmöglich über

Personal Gedanken zu machen und ein Planungsbüro/Projektsteuerer einzustellen. Von Seiten der IPG müsse jetzt beschleunigt voran gegangen werden.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, verwies auf das Objekt in der Gropiusallee, welches mit der IPG auch ohne einen Geschäftsbesorgungsvertrag umgesetzt wurde. Aus der Sitzung des Finanzausschusses ging hervor, dass bis zu dem vorgesehenen Termin vom Finanzdezernat und vom Rechtsamt keine Möglichkeit gesehen wurde, diesen Vertrag vorzulegen. Aus diesem Grund wurde der Termin im März gesetzt. Er persönlich würde der Beschlussvorlage zustimmen, wenn die Vergabe an ein Büro aus der Region erfolge.

Die Ausschreibung sei notwendig, so **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**. Aufgefordert werden im Wesentlichen Planungsbüros aus der Region. Allerdings gebe es in Dessau-Roßlau nur ein Büro, welches solche schwierigen Bauleitpläne leisten könne. Weitere Büros aus Halle, Magdeburg und Köthen werden zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.

**Herr Trocha, Fraktion der CDU**, hinterfragte, warum der Geltungsbereich so groß gefasst sei.

**Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, entgegnete, dass dies zur Bewerkstelligung der Anforderungen an den fließenden und ruhenden Verkehr notwendig sei, da das Vorhaben in jeglicher Hinsicht verkehrlich gesichert erschlossen werden muss. Bezüglich des Knotenpunktes an der Ludwigshafener Straße verwies **Herr Schmidt** auf die Diskussionen in der Politik, Stadion und Schwimmhalle als ein Sportkomplex zu betrachten. Hier müsse die Frage, wie man die Besucher vom Stadion und Schwimmhalle sicher über die Straße geleite, betrachtet werden.

**Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, wies bezüglich der notwendigen Parkplätze auf Synergieeffekte zu Veranstaltungen im Stadion hin.

Die Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob es richtig sei, dass die Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Planungsamt selbst erfolge und die Erstellung des Bebauungsplans durch Dritte, wurde bejaht.

Abschließend bat **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dem Finanzausschuss einen Protokollauszug zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen und stellte anschließend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert mehrheitlich bestätigt.

**6.6. Beschluss über die 1. Änderung des INSEK für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 221 „Ersatzneubau Schwimmhalle“  
Vorlage: BV/399/2013/VI-61**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 1**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig ungeändert bestätigt.

**7. Öffentliche Anfragen und Informationen**

**7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung**

Informationen zum Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Zur Berichterstattung zum Sachstand Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dass eine planmäßige Bearbeitung erfolge. Zurzeit werden die Prüfergebnisse zu den Bauwerken – Brücke, Lärmschutzwand, Straßenbau - eingearbeitet. Der Schwerpunkt sei nach wie vor die Auswertung und Einarbeitung der aktuellen Umweltuntersuchungen in die Planfeststellungsunterlagen. Die Planfeststellungsunterlagen werden bis Ende März fertig überarbeitet sein. Die erneute Offenlage beginne dann mit der Bekanntmachung im nächsten Amtsblatt. Das Ziel, den Planfeststellungsbeschluss im März/April 2015 zu erreichen, werde bisher gehalten.

In Bezug auf die ausgereichte Unterlage vom Oberbürgermeister Koschig im Stadtrat am 29.01.2014 zum Sachstand Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße hinterfragte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, den Stand zur Freigabe der benötigten Eigenmittel.

**Herr Pfefferkorn** bestätigte die erfolgte Freigabe der finanziellen Mittel.

Informationen zu den Kleingärten - Neuverpachtungen

Zur Thematik Kleingärten – Neuverpachtung informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dass eine Abprüfung bezüglich der Neuverpachtung innerhalb des Bereiches der Planfeststellungsgrenzen erfolgt sei. Diese seien prinzipiell möglich und wünschenswert, um die langjährigen Leerstände im Rahmen zu halten. Bei den Pachtverträgen sei der dringende Hinweis über den Stadtverband der Gartenfreunde und den Vereinen zu geben, dass diese Möglichkeit nur zeitlich bis zum Baubeginn nach Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses begrenzt sei. Eine entsprechende Abstimmung habe mit dem Stadtverband stattgefunden. Eine schriftliche Ausreichung sei erfolgt.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, kritisierte diese Vorgehensweise, da hier neues Widerspruchspotential gebildet werde. Es gebe genügend leerstehende Klein-

gärten, wo die Leute sich dauerhaft ansiedeln können. Eine Ansiedlung auf der Trasse sei nicht notwendig.

Dem stimmte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu. Man befinde sich im Umbruch, die Flutgebiete werden leer gezogen. Wenn der Korridor frei gezogen sei, sollte er auch frei bleiben.

Als Fachamt habe man keine Rechtskraft durchzugreifen und dies zu verbieten, so **Herr Pfefferkorn**. Zum nächsten Kleingartenbeirat Anfang März werde diese Angelegenheit thematisiert.

#### Informationen zum Stand Kavallerstraße

In Bezug zur Kavallerstraße informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, über den Bearbeitungsstand. Zurzeit werde die Beauftragung zur Vorplanung auf der Basis der bestätigten Konzeptplanung vorbereitet. Am 06.05.2014 werde voraussichtlich die Vergabeentscheidung dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Zu diesem Termin werden auch weitere Informationen für den Ausschuss aufbereitet und gemeinsam mit der DVG vorgestellt. Parallel zur Vorbereitung der Vorplanung laufe derzeit die verkehrstechnische Untersuchung zur Auswirkung der Verkehrsverlagerung. Hierzu erfolge auch eine Berichterstattung in der Mai-Sitzung des Ausschusses.

#### Sachstand Anfrage zum Albrechtsplatz

Zur Anfrage Albrechtsplatz von Herrn Giese-Rehm und Herrn Busch berichtete **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**. Er reflektierte, dass die Planung, den Albrechtsplatz in der Wiederherstellung durch 2 Kreisverkehrsanlagen, zum Inhalt hatte. Das Problem bestehe darin, dass das Sanierungsgebiet Nord nur den östlichen Teil des Albrechtsplatzes beinhaltete. In einem ersten Anerkennungsverfahren habe man die Zustimmung erhalten, diesen Teil ohne die Kreisverkehrsanlagen aus den Sanierungsmitteln zu finanzieren. Im Anschluss folgte der Versuch, die beiden Kreisverkehre über Stadtbaumittel zu realisieren.

Abstimmungen zur Problematik seien mit dem Tiefbauamt erfolgt, so **Herr Schmieder** weiter. Man habe erreicht, dass der verkehrsfunktional wichtigere Kreisverkehr Wolfgangstraße/Wallstraße mit den Sanierungsmitteln finanziert werden könnte. Diese Anerkennung liege vor. Im vergangenen Jahr erfolgte die Vorplanung. Der Beschluss hierzu wurde vor 2 Jahren mit dem Maßnahmen- und Finanzierungsplan gefasst. Völlig überraschend für alle Beteiligten seien Bund und Land 2013 ohne Ankündigung aus dem Förderprogramm städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen ausgestiegen. D. h. die weiteren Förderungen seien nicht mehr möglich, so dass in den Sanierungsgebieten nur noch aus den bewilligten Jahren und aus den zweckgebundenen Einnahmen Maßnahmen zu Ende geführt werden können. Die noch zu erwartenden Einnahmen reichen aber nicht aus, um die Gesamtmaßnahme i. H. v. 1,8 Mio. € umzusetzen. Eine Entscheidung zum weiteren Fortgang gebe es noch nicht.

Zu dem Zustand der Radwege selbst legte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dar, dass Unterhaltsmaßnahmen zu ergreifen seien, um die Gefahrenstellen zu beseitigen.

**Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, berichtete über Frostschäden im Pflaster bzw. über geplatzt Naturpflaster. Er finde dies sehr bedauerlich, da der Platz eine sehr hohe Qualität aufweise. Es sollte versucht werden, eine Lösung herbeizuführen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, hinterfragte, ob eine Aussicht auf die Verwendung eines anderen, frostbeständigen Materials bestehe.

Dies wurde von **Herrn Pfefferkorn** bejaht und er verwies an dieser Stelle - in Bezug auf die Unterhaltsmittel – auf dem extrem wachsenden Bedarf und auf das Nichtvorhandensein von entsprechenden finanziellen Mitteln.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

## 7.2. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, hinterfragte, ob eine Entscheidung, wie mit den Flutmitteln verfahren werde, erfolgt sei. Die Mittel seien an die Kommunen ausgereicht. Eine Festlegung zur Weiterreichung sei noch nicht erfolgt. Die Vereine benötigen jetzt aber die entsprechenden Mittel.

Hierzu entgegnete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass dieses Thema nicht in der Oberbürgermeisterdienstberatung am 24.02.2014 beraten wurde. Bisher habe Frau Tschernich-Weiske, Persönliche Referenten des Oberbürgermeisters, die Koordination übernommen. Das Dezernat VI habe nur zugearbeitet. Zur Beantwortung der Anfrage verwies er an das OB-Referat.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, bemängelte den Zustand im Kühnauer Park. Er gab den Hinweis, dass gefällte Bäume abgeholt werden, ohne dass hinterher der Zustand der hinterlassenen Flächen kontrolliert werde. Weiterhin kritisierte er, dass riesige Äste mit Dornen mitten auf dem Weg lagen. Diese habe er persönlich vor Ort weggeräumt. Entlang der Treppen am Weinberg komme man direkt auf einen Baumstumpf zu, dessen Austriebe abgeschnitten, aber am Gehwegbereich liegen gelassen wurden. Dies stelle eine Gefährdung für Kinder dar. Er bat um die Beseitigung. Ebenso sei der Weg vom Löwentor kommend völlig verschlammmt, so dass die Leute auf den Rasenflächen entlang laufen. Abschließend beanstandete er den Weg entlang des Kühnauer Sees.

Als zweiten Punkt erläuterte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, weiter, dass er im Ausschuss des städtischen Klinikums die Situation des Gehweges im Neuenhofenweg in Richtung MVZ angesprochen habe. Die Personen, die zum MVZ wollen, laufen auf der Straße und sind für die Autofahrer schlecht sichtbar. Vor Jahren sollte

der Fußweg im Neuenhofenweg befestigt werden. Dieser Weg ist an der schmalsten Stelle 1,45 m und an anderen Stellen 1,75 m breit. Frau Nußbeck habe diese Problematik aus der Sitzung mitgenommen und vom Tiefbauamt eine ablehnende Antwort bekommen. Er akzeptiere die Ablehnungsstellungnahme des Tiefbauamtes nicht.

Die dritte Problematik richtete **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, an Herrn Hantusch. Auf Nachfrage im Personalamt erhielt Herr Otto die Mitarbeiterstärke des Baudezernats genannt. Im Vergleich zu 2005/2006 seien nur 0,88 Mitarbeiter weniger aber 5,63 Stellen im Planungsamt mehr zu verzeichnen.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, brachte dem entgegen, dass er auch die Zahlen erhalten habe. Diesbezüglich habe ein Gespräch mit Frau Jahn stattgefunden.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, zeigte im Vergleich der Zahlen auf, dass etliche Aufgabenzuweisungen im Planungsamt erfolgt seien u. a. 2 Aufgabenzuweisungen der Grünbereiche, der Stadtentwicklung und der raumordnerischen Fragen. Damit relativieren sich die Zahlen. Herr Hantusch habe bereits darauf verwiesen, dass im Bereich der Bauleitplanung die Probleme des Personals bestehen. Die Bauleitplanung ist eine flächenbezogene Planung. Nach 2004 mussten die Bauleitpläne einen deutlichen Qualitätssprung machen. **Frau Jahn** legte dar, dass vor 2004 die Stadt 148 km<sup>2</sup> und heute 245 km<sup>2</sup> Fläche besitze. Damals hatte man etwa 10 Mitarbeiter in der Bauleitplanung und 1 Mitarbeiter im Verfahren. Im Vergleich zu heute habe man 7 Mitarbeiter in der Bauleitplanung und 1 Mitarbeiter im Verfahren.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wendete ein, dass es Frau Jahns Problem sei, wie sie die Leute einsetze. Er beziehe sich nur auf die Gesamtanzahl.

Zu Beginn seiner Amtszeit, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, verfügte das Baudezernat über Redundanzen im Personalbereich. Mit Rödl & Partner wurden erheblich KW-Stellen gesetzt und auch gezogen. Jetzt sei man an einen Punkt angekommen, wo aufgepasst werden müsse, die zu erbringenden Aufgaben leisten zu können. Die Wirtschaftsförderung sei zum Beispiel zurzeit personell nur mit 37 % besetzt. Dies bringt erhebliche Probleme mit sich. Ohne diese Wegbeschreibung in den letzten 5 Jahren, stelle sich der Haushalt wie jetzt erreicht nicht dar. Zu dem erreichten Produktivitätsgewinn, haben alle Dezernate beigesteuert. Jetzt stoße man auf Grenzen durch zusätzliche Aufgaben.

In die Diskussion eingreifend stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, heraus, dass Herr Otto nun eine Stellungnahme abgegeben habe, diese vom Fachamt überprüft wurde und er eine entsprechende Antwort erhalten habe. Diese könne man interpretieren und diskutieren, sei an dieser Stelle aber nicht zielführend. **Herr Schönemann** bat Herrn Otto die jetzige Aussage zur Kenntnis nehmen. Es handele sich gerade um eine Pari-Pari-Aussage. Im Interesse des heutigen Nachmittages bat er um keine Schuldzuweisungen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zum Sachstand Restgebiet am Entwicklungs-

standort Kochstedt erläuterte **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, dass man auf den formalen Antrag zur Änderung des Bebauungsplanverfahrens warte. Der Vorhabensträger habe davon Kenntnis. Diesbezüglich findet am 17.03.2014 ein Termin statt.

Bezüglich der Frage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, ob es sich um 32 Grundstücke handele, erklärte **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, dass man sich bezüglich der Größe der Bauflächen im gleichen Größenverhältnis bewege wie der Bebauungsplan jetzt schon Bebaubarkeit herstellt.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung schloss und Nichtöffentlichkeit herstellte.

## **10. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 19:00 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 27.03.14

---

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt    Schriftführer